

Dr. Martin Rosemann

- (A) Lieber Herr Theurer, deswegen wollen wir Geringverdiener entlasten, aber eben nicht auf Kosten der Handlungsfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit in Bezug auf diese Herausforderungen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Michael Theurer [FDP]: Wir auch nicht!)

Daneben haben wir es mit einer zweiten großen Herausforderung für die Arbeitsmarktpolitik zu tun, nämlich mit der Langzeitarbeitslosigkeit. Wichtig ist: Auch die Langzeitarbeitslosigkeit ist in den letzten zehn Jahren deutlich gesunken; sie hat sich etwa halbiert. Fakt ist aber auch, dass die Langzeitarbeitslosen von den guten Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt aktuell nur sehr wenig profitieren. Deswegen meinen wir, die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit muss auf die Tagesordnung dieser Legislaturperiode.

Ich finde, das haben die Linken richtig erkannt. Im Unterschied zu den Linken wollen wir aber eben keine Abkehr vom Prinzip „Fördern und Fordern“, sondern wir wollen mehr und besser fördern. Wir wollen das Förderversprechen aus dem SGB II umfassend umsetzen. Alle müssen die individuelle Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Alle müssen die Qualifizierung bekommen, die sie benötigen. Wir wollen zweite und dritte Chancen eröffnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sind für mich in dieser Wahlperiode zwei Dinge wichtig:

- (B) Erstens müssen wir die Jobcenter in die Lage versetzen, wirklich individuell und passgenau zu fördern, gut zu beraten und zu unterstützen. Voraussetzung dafür ist eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung der Jobcenter.

Zweitens müssen wir Teilhabe durch Arbeit durch einen richtigen, dauerhaft gesicherten sozialen Arbeitsmarkt auch für diejenigen schaffen, die eben keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Damit schaffen wir Perspektiven.

Ich kann in Richtung Linke nur sagen: Wenn wir 150 000 sagen, dann sagt ihr 200 000. Wenn wir 200 000 sagen würden, dann würdet ihr 250 000 sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]: Nein! Umgekehrt! Wir sagen 200 000!)

Für euch kann es nie genug sein. Ich sage: Wir packen es an! Es ist allemal besser, Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Der letzte Redner zu diesem Tagesordnungspunkt: Kollege Stephan Stracke für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Stephan Stracke (CDU/CSU):

(C)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Welt im Wandel. Megatrends sind der demografische Wandel, die digitale Revolution, Globalisierung und vieles mehr. Politik muss diese Trends gestalten, damit wir den Wohlstand sichern können und unsere Art zu leben für die Zukunft erhalten können.

Wir als Union wollen gestalten. Wir wollen Verantwortung übernehmen. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Andere tun dies nicht. Wieder andere sind sich noch nicht ganz sicher. Aber Union und SPD haben mit dem Sondierungsergebnis eine wirklich gute Basis für eine mögliche schwarz-rote Koalition geschaffen; denn wir geben die richtigen Antworten, die den Menschen nutzen. Wir wollen unser Land zusammenführen statt spalten. Deswegen setzen wir auf echte Entlastungen, mehr Unterstützung für Familien und mehr Sicherheit im Alter.

Wir sind diejenigen, die beispielsweise mit dem schrittweisen Abbau des Solis für Entlastungen sorgen. Wir haben es im Bereich der Rente vorgemacht: Hier haben wir den Rentenversicherungsbeitrag um 0,1 Prozentpunkte gesenkt. Genau das wollen wir jetzt auch beim Arbeitslosenversicherungsbeitrag machen und ihn um 0,3 Prozentpunkte verringern: eine echte Entlastung für die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler. Lieber Kollege Kurth, wir hätten das natürlich auch mit Ihnen machen können; aber die Grünen waren es letztendlich, die sich geweigert haben, den Arbeitslosenversicherungsbeitrag zu senken.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Das ist doch Quatsch! Erzählen Sie keinen Unsinn!)

(D)

Wir setzen auch mit einer Rückkehr zur Parität, zur hälftigen Finanzierung der Krankenversicherungsbeiträge durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber, auf eine Entlastung der Beitragszahler.

Wir wollen den Fortschritt gestalten. Wir sind uns sicher: Die Zukunft einer Nation wird in den Klassenzimmern, in den Laboren entschieden. Deswegen wollen wir wichtige Investitionen vornehmen, gerade im Bereich der Bildung und im Bereich der Forschung. Natürlich wissen wir auch, dass die Digitalisierung vor dem Arbeitsmarkt nicht haltmachen wird. Aber Digitalisierung immer nur angstvoll zu beschreiben ist nicht unsere Aufgabe. Unsere Aufgabe ist es, die Herausforderung der digitalen Revolution zu gestalten und sie als Chance für mehr Arbeit und für bessere Arbeit zu begreifen.

Deswegen wird in einer sich wandelnden Arbeitswelt natürlich die Weiterbildung einen höheren Stellenwert einnehmen. Die betriebliche Weiterbildung soll weiterhin im Betrieb stattfinden. Es ist unsere Aufgabe, passgenau dort zu unterstützen, wo Betriebe der Unterstützung bedürfen. Dieser Aufgabe stellen wir uns.

Wir wollen Arbeit, Wachstum und Wohlstand sichern. Deswegen verschreiben wir uns dem Ziel der Vollbeschäftigung. Das ist richtig. Wir wollen die Soziallab-

Stephan Stracke

- (A) gaben bei 40 Prozent der Bruttolöhne halten und unsere erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik kraftvoll fortsetzen.

Aber wir wissen auch: Deutschland ist erfolgreich, aber nicht jeder in Deutschland hat in gleichem Maße Anteil an diesem Erfolg. Dies wollen wir ändern, gerade in der Arbeitsmarktpolitik. Deswegen nutzen wir verstärkt die Möglichkeiten, gerade Langzeitarbeitslosen Perspektiven zu eröffnen und Brücken zu bauen. Dafür wollen wir über 1 Milliarde Euro zusätzlich in die Hand nehmen. Das ist das zentrale Ergebnis der Sondierungsverhandlungen zwischen SPD und Union in diesem Bereich. Ich denke, das ist ein gutes Ergebnis, weil wir den Menschen weitere Möglichkeiten eröffnen, am Arbeitsmarkt teilzuhaben. Das wollen wir gestalten.

Entscheidend ist für uns immer, eine gute Zukunft zu erreichen. Das ist sicherlich eine Frage der Ordnung der Wirtschaft; aber es ist auch eine Kulturfrage. Deswegen setzen wir auf Aktivierung statt Alimentierung. Auch darin unterscheiden wir uns von den Linken. Wir setzen auf Anreize statt Verbote und auf das Motto „Privat vor Staat“. Das sind die Prämissen, unter denen wir erfolgreiche Unionspolitik gestalten.

Herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hans-Peter Friedrich:

Ich schließe die Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt.

- (B) Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/434, 19/105 und 19/462 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Heike Hänsel, Michel Brandt, Christine Buchholz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Zwei-Prozent-Rüstungsziel der NATO ablehnen

Drucksache 19/445

Überweisungsvorschlag:
Verteidigungsausschuss (f)
Auswärtiger Ausschuss
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Kollegen Tobias Pflüger von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Tobias Pflüger (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben als Linksfraktion einen kurzen, klaren Antrag aufgesetzt – ich zitiere –:

Der Deutsche Bundestag lehnt die auf den NATO-Gipfeln von Wales und Warschau beschlossenen Planungen der NATO, dass alle Mitgliedsstaaten ihre Militärausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen sollen, ab. (C)

Außerdem:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Zustimmung ... im NATO-Rat gegenüber den NATO-Partnern zurückzuziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist an der Zeit, dass endlich von hier aus zu dieser NATO-Vereinbarung, die de facto eine Aufrüstungsvereinbarung ist, klar Nein gesagt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Lassen Sie mich kurz beschreiben, woher diese Erklärung zum 2-Prozent-Ziel der NATO kommt. Im Jahr 2002 – damals ging es noch vor allem um die NATO-Beitrittskandidaten – tauchte dieses 2-Prozent-Ziel erstmals in NATO-Dokumenten auf. Im Abschlussdokument des NATO-Gipfels im Jahr 2014 findet sich dann eine gemeinsame Verpflichtung: Erstens. Wer 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Militärisches ausgibt, soll das weiter tun. Zweitens. Wer keine 2 Prozent des BIP ausgibt, soll – ich zitiere – „die realen Verteidigungsausgaben im Rahmen des BIP-Wachstums“ erhöhen und „sich innerhalb von zehn Jahren auf den Richtwert von 2 Prozent“ zubewegen, um seine „NATO-Fähigkeitsziele zu erreichen und Fähigkeitslücken der NATO zu schließen“. (D)

Der zentrale Punkt ist: Das ist eine Zielvereinbarung; und diese Zielvereinbarung haben alle bisherigen Bundesregierungen mitgetragen. Wir fordern Sie auf, damit zu brechen und zu sagen: Nein, wir wollen nicht mehr Geld für Rüstung ausgeben, sondern wir wollen endlich abrüsten.

(Beifall bei der LINKEN)

Was würde denn diese NATO-Vereinbarung bedeuten, wenn sie hierzulande eins zu eins umgesetzt würde? Dazu haben sich Martin Schulz und Sigmar Gabriel im Wahlkampf deutlich geäußert. Herr Schulz sagte:

Ich glaube nicht, dass diese Aufrüstungsspirale Sinn macht.

Und weiter:

Ich kann auch nicht verstehen, warum man so eine Verpflichtung eingeht.

Herr Schulz – er ist nicht da – sollte einfach den heutigen Bundespräsidenten fragen; denn dieser hat diese Erklärung unterschrieben.

Herr Schulz sagte außerdem, er sei „nicht bereit zu sagen: Ich unterwerfe mich einer von den USA verlangten Aufrüstungslogik“. Es war aber eben nicht nur die US-Regierung, die dieses NATO-Ziel festgeschrieben hat. Es waren auch alle bisherigen Bundesregierungen. Deshalb geht unsere Kritik an die Bundesregierung.

(Beifall bei der LINKEN)